

→ Seite 2

"Kanzlerin Merkel ist Glücksfall für Europa ..."

→ Seite 5

Wirtschaftspotential der Elbe nutzen

→ Seite 6

17 Jahre nach Einheit - endlich Opferpension

→ Seite 8

Bürgerschaftliches Engagement stärken

→ Seite 9

Straßburg kämpft für Erhalt seiner Institutionen

→ Seite 11

Entwurf des Grundsatzprogramms beschlossen

→ Seite 13

60 Jahre Mitgliedschaft in der CDU

Allen Lesern des Elbkurier wünscht die Redaktion eine schöne und erholsame Ferienzeit.



"Ich will für Magdeburg brennen!" Wigbert Schwenke - ein Mann des Volkes für das Volk



Die Mitgliederversammlung des CDU-Kreisverbandes Magdeburg hat am 3. Juli im Ramada-Treffhotel mit großer Mehrheit den 46jährigen Landtagsabgeordneten und Stadtrat Wigbert Schwenke zum Kandidaten der CDU für die Oberbürgermeisterwahl am 9. März in Magdeburg gewählt. Schwenke sagte in seiner Vorstellungsrede vor den 86 erschienen Mitgliedern, dass er voller Überzeugung und mit aller Kraft für diese wichtige Wahl zur Verfügung stehe. "Ich werde mit Leidenschaft und Engagement für Magdeburg brennen und bitte um die volle Unterstützung der CDU", warb Wigbert Schwenke vor den Unionsfreunden. Der Ottersleber verwies in seiner Rede vor allem auf seine vielfältigen Stärken als bürgernaher Politiker, der in zahlreichen Vereinen der Stadt aktiv mitarbeitet, den Menschen zuhört und damit die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar kennt.

Diesen Aspekt hob auch CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf in seinem Beitrag hervor. Er bescheinigte Schwenke eine hohe Sozial- und Fachkompetenz. "Er ist einer von uns - ein Mann des Volkes!", betonte Scharf vor der Versammlung. Scharf erinnerte auch daran, dass OB Trümper 2001 im ersten Wahlgang nur 33 Prozent der Stimmen bei geringer Wahlbeteiligung erhalten habe. "Viele Bürger sind auch heute vom Führungspersonal der SPD

nicht überzeugt", fügte Scharf hinzu und sah in dieser Schwäche der SPD die besonderen Chancen für Wigbert Schwenke. Scharf kritisierte dabei heftig das "Geeiere" der SPD im Zusammenhang mit dem geplanten Tunnel am Kölner Platz. Erst dafür, dann dagegen und schließlich in Teilen wieder für den Tunnel, das sei kein Ausweis für zukunftsfähige Politik.

Der OB-Kandidat will im kommenden Wahlkampf an diesen Schwächen der Genossen ansetzen. So kritisierte er vor allem die gravierenden Fehler des Oberbürgermeisters im Umgang mit den Umland-Gemeinden. Die ständigen Drohungen mit Zwangseingemeindungen müssen durch ein partnerschaftliches Verhältnis ersetzt werden. "Magdeburg braucht das Umland genauso wie das Umland

heimische Wirtschaft zugehen. Regelmäßige Firmenbesuche, die Pflege des Mittelstandes und eine bessere Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden werde er sich zum Ziel setzen, sagte Schwenke. Er verwies auf die sehr erfolgreichen Ansiedlungen der Gemeinde Osterweddingen vor den Toren der Stadt. "Es könnte ein Ziel der Stadt sein, Osterweddingen einzugemeinden und Erich Wasserthal zum neuen Beigeordneten für Wirtschaft in Magdeburg zu machen", sagte Schwenke.

Im Hinblick auf den Führungsstil Trümpers kündigte Schwenke an: "Ich werde nicht der Edelsachbearbeiter sein, dafür habe ich qualifizierte Fachleute, sondern ich werde wie der frühere OB Polte mit Herzblut für meine Heimatstadt Magdeburg brennen und mit Leidenschaft die Bürger



Glückwünsche an den neuen OB-Kandidaten Wigbert Schwenke nach seiner Wahl durch die Mitgliederversammlung. Der Kreisverband steht geschlossen hinter dem Landtagsabgeordneten und Stadtrat aus Ottersleben.

Magdeburg braucht", fasste er seine Meinung dazu zusammen. Gemeinsam gehe es darum, eine starke Region aufzubauen, mit einem starken Oberzentrum im Kern. Die Zusammenarbeit mit den beiden Hochschulen der Stadt müsse ebenfalls wesentlich verbessert werden, verlangte Schwenke.

Hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung werde ein OB Schwenke erheblich stärker auf die

und Verwaltung mitreißen."

Fraktionschef Reinhard Stern sagte in seinem Redebeitrag dem OB-Kandidaten die volle Unterstützung der Fraktion zu. Stern verwies dabei auf die 17jährige Erfahrung Schwenkes als Stadtrat und langjähriger stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Hinzu komme die fünfjährige Arbeit im Landtag, die Schwenke als direkt gewählter Abgeordneter sammeln konnte.

Wilfried Köhler

CDU-Bundesvorstandsmitglied Eva Wybrands: "Kanzlerin

Elbkurier: Frau Wybrands, Sie wurden im Dezember letzten Jahres in den Bundesvorstand der CDU Deutschlands gewählt. Ein großartiger Erfolg für Sie und für den Landesverband Sachsen-Anhalt. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?

Wybrands: Zunächst muss ich dem Landesvorstand danken, der mich für die Wahl des Bundesvorstandes nominiert hat.

Elbkurier: Was bedeutet eine solche Nominierung?

Wybrands: Das ist schon von großem Vorteil. Sie müssen sich vorstellen, dass bei einem Bundesparteitag mehr als Tausend Delegierte aus allen Regionen Deutschlands sitzen. Die kennen natürlich oft nur die Leute aus dem eigenen Landesverband. Wenn man von einem Landesverband auf den Schild gehoben wird, erhöht das wesentlich den Bekanntheitsgrad.

Elbkurier: Welche Rolle spielte Ihre Vorstellung vor den Delegierten?

Wybrands: Man hat exakt drei Minuten für die persönliche Vorstellung. Das ist schon Stress, weil alles Wesentliche in dieser kurzen Zeit rüber kommen muss.

Elbkurier: Was waren Ihre besonderen Akzente?

Wybrands: Ich habe ganz selbstbewusst auf einige Elemente meiner politischen Arbeit der letzten Jahre hingewiesen. Besonders auf meine Initiative im Bereich des Arbeitsmarktes, das in Sachsen-Anhalt neuen Schwung erzeugt hat und manchen jungen Menschen hier im Lande gehalten hat.

Elbkurier: Sie sprechen das Projekt GAJL an?! Was heißt das?

Wybrands: Ja, es bedeutet "Gegen Abwanderung junger Leute" und zielt darauf, dass wir alles tun müssen, um jungen Menschen hier in ihrer Heimat eine Berufsperspektive zu geben und damit auch die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts langfristig zu sichern.

Elbkurier: Das Projekt ist ja auch fortgesetzt worden. Was wird zur Zeit in diesem Punkt gemacht?



"Das Magdeburger Recht hat Jahrhunderte lang für Rechtsfrieden in Mittel- und Osteuropa gesorgt. Wir sollten deshalb die Verlagerung des Europäischen Gerichtshofes nach Magdeburg anstreben", fordert Eva Wybrands im Interview mit dem Elbkurier. Fotos: Birgit Uebe

Wybrands: Bislang konnte damit 12000 jungen Menschen eine Perspektive in Sachsen-Anhalt angeboten werden, 6000 haben bis dato einen festen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz erhalten. Das Programm wird fortgesetzt, andere Länder mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit haben ebenfalls Interesse bekundet.

Elbkurier: Sie sitzen im Vorstand in einer Reihe mit Kanzlerin Angela Merkel, mehreren Ministerpräsidenten, Bundesministern und anderen hochgestellten Persönlichkeiten. Was können Sie als Mitglied im Bundesvorstand bewegen?

Wybrands: Ich verstehe mich als Stimme Sachsen-Anhalts im Bundesvorstand der CDU.

Elbkurier: Wird das nicht auch Landesvorsitzender Thomas Webel für sich beanspruchen?

Wybrands: Obwohl nur ich bei Abstimmungen meine Stimme für Sachsen-Anhalt abgeben kann, kooperieren wir beide sehr gut bei der so wichtigen "Vorfelddarbeit".

Elbkurier: Wie laut ist die "Stimme Sachsen-Anhalts" im Vorstand zu vernehmen?

Wybrands: Bei allem Respekt vor den Größen unserer Partei habe ich mich nach einer kurzen Eingewöhnungszeit an Wortmeldungen gewöhnt und kommentiere die

politischen Themen aus dem Blickwinkel unseres Landes.

Elbkurier: Können Sie eigene inhaltliche Themen ansprechen?

Wybrands: Man muss sich schon durchsetzen, aber ich konnte z.B. arbeitsmarktpolitische Themen einbringen, die uns betreffen. Auch den einen oder anderen Vorschlag, den ich aus Diskussionen u.a. mit Magdeburger Ortsverbänden mitgenommen habe. Aber ich kann schon in Debatten eingreifen und bestimmte Positionen unterstützen.

Elbkurier: Bei welchen Themen haben Sie bislang noch Stellung bezogen?

Wybrands: Ich unterstütze mit Nachdruck die Politik von Bundesministerin von der Leyen. Sie erfährt für ihre zukunftsweisende Politik durchaus Widerspruch, aber ich stärke ihr bewusst den Rücken, weil wir jungen Frauen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Kinderbetreuung zu Hause oder in der Kita ermöglichen müssen. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir in Deutschland dauerhaft viel zu niedrige Kinderzahlen haben.

Elbkurier: Die gute Kinderbetreuung wird wohl alleine nicht ausreichen, sonst müssten wir in Sachsen-Anhalt wesentlich höhere Geburtenzahlen haben

als in den westlichen Ländern!?

Wybrands: Das ist richtig. Aber es ist ein Baustein auf dem langen Weg zu einem kinder- und familienfreundlichen Deutschland.

Elbkurier: Frau von der Leyen wird von Kanzlerin Merkel stark unterstützt. Wie funktioniert das "System Merkel" - etwa im Gegensatz zum "System Kohl"?

Wybrands: Angela Merkel hat ihren eigenen, neuen Führungsstil. Jeder hat ausreichend Zeit, seine Position darzulegen. Sie hört geduldig zu, ohne durch Mimik und Gestik den Redner zu beeinflussen oder gar zu etwas zu drängen.

Elbkurier: Okay, aber irgendwann muss es Entscheidungen geben. Wie klappt das?

Wybrands: Es klappt hervorragend, das sehen Sie ja auch bei ihren schwierigen außenpolitischen Aktivitäten. Natürlich hat sie politische Positionen, die sie gegen Ende einer Debatte auch ganz klar einbringt, nachdem sie alle Sachargumente gehört und die verschiedenen Blickwinkel der Beteiligten kennen gelernt hat. Ich finde sie pflegt einen modernen, kooperativen Führungsstil. Für manche mag dies zu sehr nach "langer Leine" aussehen, für diejenigen, die richtig hinsehen, ist das pure Diplomatie. Das macht es sehr angenehmen mit der Kanzlerin zusammen zu arbeiten.

Elbkurier: Wie verhält sich die Bundesvorsitzende gegenüber ihren möglichen männlichen Konkurrenten Roland Koch, Christian Wulf oder Günther Oettinger?

Wybrands: Ich habe den Eindruck, dass sie zwischen Männern und Frauen keinen Unterschied macht. Mit den Ministerpräsidenten verkehrt sie im Grunde von gleich zu gleich, also auf Augenhöhe. Wenn es zu Differenzen kommt, dann bringt sie sehr subtile Führungselemente zum Einsatz, verweist auf frühere Debatten oder auf Studienergebnisse. Allerdings zeigt sie für Wiederholungen kein Verständnis.

Elbkurier: Sie bewundern die Kanzlerin? *weiter auf Seite 3*

Angela Merkel ist ein Glücksfall für Deutschland und Europa"

Wybrands: Ja. Sie macht eine sehr gute Arbeit, sowohl für unser Land als auch für Europa - und sie stärkt natürlich zugleich die Position der Frauen insgesamt. Wer hätte sich das schon vor zehn oder 15 Jahren vorstellen können. Ich betrachte Frau Merkel als Glücksfall unserer Geschichte.

Elbkurier: Dieses Glück ist allerdings sehr zerbrechlich. Wie stabil schätzen Sie die Berliner Koalition ein?

Wybrands: Die Verhältnisse sind kompliziert. Sie muss nicht nur ihre eigene Partei im Blick haben, sondern immer auch den Koalitionspartner und ausreichend Platz lassen für die Sonderrolle der CSU. Das verlangt von Angela Merkel ein feines politisches Gespür.

Elbkurier: Es ist kolportiert worden, dass das Verhältnis der Kanzlerin zu ihrem Vize-Müntefering sehr zerrüttet sei. Wie beurteilen Sie das?

Wybrands: Ich habe den Eindruck, dass Frau Merkel und Müntefering sich nicht lieben, die Kanzlerin aber im Bundesvorstand die Position von Herrn Müntefering sehr sachlich darlegt.

Elbkurier: Wie ist es mit der eigenen Partei?

Wybrands: Die Bundesvorsitzende Merkel und ihr Generalsekretär Pofalla bilden ein sehr gutes Gespann. Außerdem hat sie dahinter noch ein exzellentes Team bereit stehen. Zu allen wichtigen Themen lässt sie Experten vortragen und sie selber ist auch immer topp vorbereitet.

Elbkurier: Wie ist Ministerpräsident Böhmer eingebunden?

Wybrands: Ministerpräsident Böhmer vertritt Sachsen-Anhalt im Präsidium unserer Partei und ist dort eine sehr respektierte Persönlichkeit.

Elbkurier: Welche Aufgabe hat das Präsidium?

Wybrands: Das Präsidium tagt regelmäßig vor dem Bundesvorstand und bereitet dessen Sitzungen vor.

Elbkurier: Kommen wir noch mal zum Thema Frauen in der CDU. Sie sind die Landesvorsitzende der Frauen-Union in Sachsen-

Anhalt und sind mit der Entwicklung in der Union keineswegs zufrieden. Was passt Ihnen nicht?

Wybrands: Wir haben ein großes Defizit bei den Frauen auf allen Führungsebenen. Der Anteil der Frauen im Bundestag und in den Länderparlamenten, aber auch in den Gemeinderäten und vielen anderen Gremien ist in keiner Weise dem Anteil der Frauen an der Gesellschaft angemessen. Hier muss dringend gehandelt werden.

Elbkurier: Die CDU hat vor einigen Jahren die Frauenquote eingeführt, d.h. die CDU hat sich verpflichtet, ein Drittel aller Ämter und Mandate mit Frauen zu besetzen. Offensichtlich hat das in Sachsen-Anhalt nicht viel gebracht. Was schlagen Sie vor?

Wybrands: Frauen stellen mehr als die Hälfte der Wählerschaft. Deshalb sollen nach meiner Vorstellung



die Frauen wenigstens - wie in der Satzung festgeschrieben - ein Drittel aller öffentlichen Ämter einnehmen, sonst droht die CDU den Charakter als Volkspartei zu verlieren.

Elbkurier: Zur Zeit wird in der CDU ein neues Grundsatzprogramm diskutiert. Was möchten Sie gerne dort einbringen?

Wybrands: Die CDU bekennt sich zu ihrem christlichen Ansatz und gibt Antworten auf die großen Herausforderungen der Globalisierung und der Wissensgesellschaft. Wir müssen die Eigenverantwortung der Bürger wieder stärken und einen Zusammenhang von Freiheit und Sicherheit herstellen.

Elbkurier: Das ist ja starker Tobak. Was meinen Sie mit

Sicherheit?

Wybrands: Sicherheit in diesem Kontext heißt für mich vor allem, dass wir jungen Menschen die nötige Sicherheit und das nötige Selbstvertrauen vermitteln, dass sie ihre Zukunft meistern werden und dass damit Platz geschaffen wird für Kinder. Gerade junge Frauen brauchen emotionale und materielle Sicherheit, wenn sie sich wieder für mehr Kinder entscheiden sollen.

Elbkurier: Das wird sicherlich noch zu spannenden Debatten führen. Welche Sicherheit meinen Sie noch?

Wybrands: Damit ist auch eine "kulturelle Sicherheit" gemeint, die die christlich-abendländische Kultur auch in Zeiten des Umbruchs bewahrt und den Menschen dauerhafte kulturelle Identität bietet.

Elbkurier: Haben Sie die Hoffnung, dass der anhaltende Wirt-

schaftsaufschwung jungen Menschen ausreichend Zuversicht gibt?

Wybrands: Das wird alleine nicht ausreichen. Aber ich möchte feststellen, dass es einer der großen Erfolge der Koalition aus CDU und SPD ist, dass die verbreitete Ängstlichkeit wieder einem unerwarteten Optimismus in unserer Gesellschaft gewichen ist. Wir Deutschen trauen uns wieder unglaublich viel zu. Das ist sehr wichtig, wenn wir unsere Rolle in Europa und der Welt angemessen spielen wollen.

Elbkurier: Hat nicht die Fußballweltmeisterschaft diesen Stimmungswandel bewirkt?

Wybrands: Der Stimmungsumschwung begann schon früher. Die

WM hat ihn nur verstärkt.

Elbkurier: Eine ganz persönliche Frage: Warum sind Sie nach dem Verlust des Landtagsmandats nicht einfach wieder in den Landesdienst als Lehrerin eingestiegen?

Wybrands: Ich glaube, dass ich meine Talente an anderer Stelle besser für das Land einsetzen kann. Durch Sprachkompetenz und breite Erfahrungen auf europäischer Ebene auf Grund meiner Landtagstätigkeit kann ich Sachsen-Anhalt auf neuem Weg stärken, z.B. durch europäische Fördergelder für unsere jungen Menschen.

Elbkurier: Wie stehen Sie zum CDU-Kandidaten für die OB-Wahl?

Wybrands: Ich pflege seit Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit mit Wigbert Schwenke. Er hat im Stadtrat wichtige kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt und kennt die Arbeit des Landtages. Ich glaube daher, dass er für die Aufgaben des Oberbürgermeisters sehr viel einbringen kann. Ich werde ihn voll unterstützen.

Elbkurier: Welchen Rat würden Sie ihm mit auf den Weg geben?

Wybrands: Magdeburg liegt am Rande von drei Metropolregionen. Das muss er als Chance erkennen und für die Region nutzen. Außerdem muss der oftmals kleinliche Streit mit den umliegenden Gemeinden dringend beendet und konstruktiv geführt werden. Hier sehe ich wichtige Ansatzpunkte einer anderen Stadtpolitik.

Elbkurier: Was sollte langfristig in Magdeburg anders laufen?

Wybrands: Magdeburg ist in wichtigen Bereichen Vorreiter in Europa gewesen, hat so z.B. über 500 Jahre mit dem Magdeburger Recht für Rechtsfrieden in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas gesorgt. An diese bedeutenden historischen Leistungen sollte wieder angeknüpft werden, warum nicht z.B. mit der Forderung nach der Verlagerung des Europäischen Gerichtshofs nach Magdeburg?

Elbkurier: Das ist ein visionärer Vorschlag. Ich wünsche Ihnen, dass er bald realisiert wird. Vielen Dank für dieses Gespräch.

Aus christlicher Überzeugung Zukunft für Magdeburg gestalten Schwenke will auch den Schwächeren eine Stimme geben



Wigbert Schwenke ist nicht nur Kommunalpolitiker. Seit 2002 vertritt er auch als direkt gewählter Abgeordneter die Interessen Magdeburgs im Landtag von Sachsen-Anhalt. Bei der Landtagswahl am 21. April 2006 konnte der zweifache Familienvater erneut das Direktmandat gewinnen: ein großer Vertrauensbeweis für das 46jährige Multitalent aus Ottersleben.

Inhaltlich hat sich Schwenke in der Landespolitik vor allem in der Sport- und Sozialpolitik einen Namen gemacht. In der Wahlperiode von 2002 bis 2006 war er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport. Seit 2006 amtiert er als stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses. Innerhalb der CDU-Landtagsfraktion übt Schwenke die Funktionen des sportpolitischen Sprechers und der Vorsitzenden der neunköpfigen Arbeitnehmergruppe aus. Das passt zum Kreisvorsitzenden des Arbeitnehmerflügels der Union, der sich damit deutlich als Mann des Volkes positioniert.

Schwenke nutzt seine Ämter im Landtag, um als erfahrener Vereinsmensch für eine gesunde Struktur in Sachsen-Anhalt einzutreten. "Die Vereine sind ein fester Anker für unsere Gesellschaft. Hier praktizieren Menschen im Alltag Gemeinschaft und Solidarität. Gerade der

Sport schafft es immer wieder, jungen Menschen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten. In Sportvereinen lernen Kinder und Jugendliche zudem spielerisch Verantwortung für andere zu übernehmen", bringt Schwenke seine Ansicht zu diesem Thema auf den Punkt.

Diesen hohen gesellschaftspolitischen Leistungen müsse das Land bei seiner Sportförderung Rechnung tragen. Deshalb bringe er sich bei der Diskussion um die Sportstättenverordnung immer wieder ein. "Mein Ziel bei den Beratungen ist, dass die Vereine durch eine Neuregelung nicht schlechter gestellt werden." Schwenke weist zudem auf die von der CDU-Landtagsfraktion angeregten Initiativen und Konferenzen zur Stärkung des Ehrenamtes hin: "Das Potential ehrenamtlichen Engagements ist in unserer Bevölkerung erheblich. Den Menschen, die bereit sind sich zu engagieren, müssen die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten, Rahmenbedingungen und Zugänge zur Verfügung gestellt werden. Es gilt daher, Einrichtungen und Organisationen stärker für Engagement und Mitbestimmung der Bürger zu öffnen sowie neue Leitbilder für die ehrenamtlich Tätigen zu entwickeln", lautet Schwenkes Credo zum Ehrenamt.

Dass eine funktionierende Demokratie immer solidarisch

sein muss, ist ein weiterer Grundsatz Wigbert Schwenkes. Deshalb vertritt er in der Landtagsfraktion vor allem die Interessen der Arbeitnehmer. "Wenn Politik in den Zeiten des Wandels erfolgreich sein will, braucht sie die Bürger als Partner. Die Gesetze müssen deshalb ausgewogen sein und dürfen sich nicht nur an den Interessen der Wirtschaftsverbände und Lobbyisten orientieren. Daher geben wir in der Arbeitnehmergruppe den Menschen mit den weniger breiten Schultern eine Stimme. Ich bin mir sicher: Eine Volkspartei ist wie ein gutes Flugzeug. Sie kann nur dann erfolgreich durchstarten, wenn sie zwei gleichstarke Flügel hat", plädiert Schwenke für eine ausgewogene Politik von Arbeitnehmern und Unternehmern in der CDU. Schwenke hat stets ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises - egal ob sie der CDU nahe stehen oder nicht. Als praktizierender katholischer Christ ist es Wigbert Schwenke ein persönliches Bedürfnis, den Menschen durch sein politisches Engagement zu helfen und ihnen Brücken in die Zukunft zu bauen. Seiner Stadt und ihren Menschen dienen, dafür war und ist er bereit, vollen Einsatz zu bringen. Diese Grundhaltung und Werteorientierung macht Wigbert Schwenke besonders vertrauenswürdig und sympathisch. *Wlfrid Köhler*



Haushalt freigegeben - Sparanstrengungen gehen aber weiter

Durch das Landesverwaltungsamt als zuständige Behörde wurde der Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg inzwischen freigegeben. Damit können die so dringend von der heimischen Wirtschaft erwarteten Aufträge endlich ausgelöst werden und die freien Träger und Gemeinwesenarbeitsgruppen erhalten ihre langerwarteten Fördermittelbescheide.

Über alle zu recht empfundene Erleichterung zu dieser Tatsache, darf man aber nicht vergessen, dass auf Magdeburg und die Verantwortlichen noch große Herausforderungen warten.

So wurde die Genehmigung nur mit Auflagen erteilt. Diese erscheinen im ersten Moment leicht erfüllbar. Durch die Aufsichtsbehörde wird von den Gremien der Stadt verlangt, die zuletzt beschlossenen 13 Haus-

haltskonsolidierungsmaßnahmen mit fachlich fundierten und konkreten Zahlen unterfütterten Beschlussdrucksachen zu unterlegen. Wie schwierig der Diskussionsprozess dazu werden wird macht die Anzahl der Änderungsanträge zur Ursprungsdrucksache, nämlich über 70 an der Zahl, deutlich. Im übrigen stammt rund ein Drittel dieser Änderungswünsche aus den Reihen der CDU-Ratsfraktion. Der von manchen erhobene Vorwurf der Zurückhaltung unserer Mandatsträger in Fragen der Haushaltskonsolidierung ist damit ad absurdum geführt.

Wer jetzt erhofft, dass sich durch die erwarteten Steuermehreinnahmen die finanzielle Lage der Landeshauptstadt entscheidend verbessern wird, muss leider enttäuscht werden. In die Sparanstrengungen von über 20 Mio.



Fraktionschef Reinhard Stern plädiert für eine Konzentration der Haushaltsmittel auf breit akzeptierte Projekte.

Euro sind bereits 11 Mio. an Mehreinnahmen für Magdeburg vom Land eingeplant.

Wenn es gegenüber der jetzigen Situation keine entscheidenden Veränderungen gibt, wird die Bürgerinnen und Bürger unserer

Stadt das Thema Haushaltsausgleich bzw. die damit verbundenen Einsparungsanstrengungen bis in das Jahr 2015 begleiten.

Dieser Prozess wird auf alle Bereichen des Stadtlebens seine Auswirkungen haben. Es darf aber nicht um ein Kaputtsparen gehen, sondern es müssen Prioritäten gesetzt werden. So muss die Finanzierung von Projekten die nur einer relativ kleinen Klientel dienlich sind, zu Gunsten der Aufrechterhaltung breit akzeptierter und angenommener Vorhaben und Institutionen überdacht werden.

Die kommunalpolitischen Verantwortungsträger der CDU werden sich dieser Aufgabe unter den herrschenden schwierigen Rahmenbedingungen mit der notwendigen Verantwortung und Weitsicht stellen.

*Reinhard Stern
CDU-Ratsfraktionsvorsitzender*

Wirtschaftspotenzial der Elbe darf nicht ungenutzt bleiben



Am 23. April 2007 besuchten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Elbe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf meine Initiative hin die Landeshauptstadt Magdeburg. Gekommen waren Klaus Brähmig, MdB (tourismuspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Kurt-Dieter Grill, MdB a.D., Jürgen Klimke (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft), MdB, Dr. Rolf Koschorrek, MdB, und Ulrich Petzold, MdB.

Der Schwerpunkt des Kurzbesuchs lag in der Betrachtung der wirtschaftlichen Potentiale, die der Fluss für unserer Stadt bietet. So waren sich die Mitglieder der

Arbeitsgemeinschaft darin einig, dass die Elbe als Wasserstraße weiter nutzbar bleiben muss. Wenn dies gelingt, kann sich der Logistik-Standort Magdeburg als Binnenlanddrehscheibe für den Hamburger Hafen entwickeln.

Die damit verbundenen Zuwächse beim Container-Umschlag würden zu einer Stärkung des Magdeburger Hafens und damit der gesamten Logistikwirtschaft in unserer Stadt führen. Das wurde auch in ausführlichen Gesprächen mit dem Minister für Landesentwicklung und Verkehr Dr. Karl-Heinz Daehre, dem Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, dem Geschäfts-

führer der Magdeburger Hafen GmbH Karl-Heinz Ehrhardt sowie weiteren Wirtschaftsvertretern und Mitgliedern der CDU-Ratsfraktion bestätigt.

Um die Ausgewogenheit der Informationen sicher zu stellen, gab es einen Gesprächstermin mit den Umweltverbänden und -initiativen, die sich mit der Elbe beschäftigen. Dabei wurden nicht nur Argumente ausgetauscht, sondern auch ein konstruktiver Dialog

gepflegt.

Um sich vor Ort einen Eindruck der Situation zu verschaffen, besichtigte man den Magdeburger Domfelsen und den Hansehafen.

Als Ergebnis der Reise kann festgestellt werden, dass die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Elbe sich weiterhin für ein umweltgerechte technische Gestaltung der Binnenschiffahrt auf der Elbe einsetzen werden.

Bernd Heynemann, MdB,



In das von der Bundesministerin Ursula von der Leyen gestartete Förderprogramm "Mehrgenerationenhaus" wurde das im Neustädter Feld aktive Nachbarschaftszentrum aufgenommen.

Aus diesem Anlass konnte der Bundestagsabgeordnete Bernd Heynemann dem Vorsitzenden des Bürgervereins Neustädter Feld e.V. Rex Löwe die Plakette für das Mehrgenerationenhaus im Rahmen einer öffentlichen Festveranstaltung übergeben.

17 Jahre nach der Deutschen Einheit - endlich Opferpension

Die Geschichte zur Frage der Entschädigung für die nach 1945 in Deutschland politisch Verfolgten ist eine lange. Bereits 1950 wurde der Verein "Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V." (VOS) gegründet. Seine Ziele waren u.a. den Heimkehrern und Haftentlassenden bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen.

Tausende Menschen wurden in Unrechtsprozessen zu oft jahrelangen Haftstrafen verurteilt, ein Drittel der Gefangenen in den Sowjet-Lagern überlebten ihre Haftzeit nicht.

Nach ihrer Heimkehr mussten sie gegenüber den Behörden ihre Qualen nachweisen und scheiterten oft an Formalien. Initiativen des VOS im Jahr 1953 den Deutschen Bundestag über die Notwendigkeit eines Entschädigungsgesetzes, analog der Regelungen für die NS-Opfer, scheiterte. Doch konnten immer wieder Teilerfolge wie mit dem 1955 erlassene Häftlingsgesetz erreicht werden. Natürlich erhielten die daraus resultierenden Hilfen nur die Opfer in der BRD, während die unschuldigen Opfer, die in der DDR lebten, bis zur Wende unter den Folgen der Urteile der politischen Justiz leiden mussten.

Sie erhielten zwar nie schriftliche Urteilssprüche, mussten aber auf ihrem späteren beruflichen Lebensweg immer wieder Nachteile erleiden. Auch im privaten Umfeld, wie bei der Wohnungssuche, der Behandlung des Lebenspartners oder der Kinder (Zugang zum Abitur)



Melanie Kollatzsch aus Magdeburg und Werner Sauerzweig aus Neumünster sowie Johannes Rink (nicht im Bild) auf der Mai-Demo.

Text und Foto: Wolfgang Stiehl

gab es immer wieder Repressalien. Dies macht sich nun natürlich in der Gestaltung der Renten deutlich. Die Träger des Systems profitieren dagegen von DDR-Sonderversorgungssystemen.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 wurden recht zögerlich zwei "SED-Unrechtsbereinigungsgesetze" verfasst (eine fürchterliche Wortschöpfung - als könne man Unrecht tatsächlich bereinigen oder wiedergutmachen). Auch diese Gesetze erfuhren bis zum Jahr 2000 einige Novellierungen.

Eine Opferpension oder Ehrenrente, analog der NS-Opfer-Entschädigungsregelungen, (unterschiedliche Regelungen gab es in einigen Bundesländern) wurde auch von Sachsen-Anhalts Opferverbänden immer wieder bei Besuchen von Bundestagsabgeordneten mit der Schlussbemerkung: "...und das Alles, bevor wir alle gestorben sind" eingefordert. Viel zu viele mussten inzwischen mit dem Bewusstsein versterben: "für die Opfer gibt es keine angemessene

Entschädigung". Doch nun ist es passiert. Der Bundestag stimmte am 13. Juni 2007 mehrheitlich dem 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu.

In letzter Minute wurden die darin enthaltenen unzumutbaren Härten wie die regelmäßige Neubearbeitung alle 6 Monate und die Anrechnung der Renteneinkünfte (erfolgt bei den NS-Opfern nicht) gestrichen. Zu diesen wesentlichen Nachbesserungen haben neben dem Medien-echo auch die Hinweise der neun Sachverständigen bei den Ausschussanhörungen beigetragen. Darunter war auch der Landesvorsitzender der Opferverbände Sachsen-Anhalts, CDU-Stadtrat Rink.

Daneben wurden Demonstrationen der Opferverbände vor den Parteizentralen von SPD und CDU organisiert. Auf den zahlreichen Transparenten wurde auf die oft schwierige Lage der Opfer hingewiesen.

Trotzdem ist es nicht gelungen alle Forderungen, wie die völlige Streichung der Bedürfnisklausel oder die Berücksichtigung der Opfergruppen, die nicht unter der Haft sondern unter anderen Repressalien litten, zu erreichen.

Dass weitere Nachbesserungen erforderlich bleiben, räumte neben M. Meckel, MdB, SPD, W. Wieland, MdB, B90/Gr. auch A. Vaatz, MdB, CDU in einer Podiumsdiskussion beim diesjährigen Kongress der Landesbeauftragten mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein.

Dennoch ein zu begrüßender, längst

überfälliger Schritt in die richtige Richtung, der insbesondere den Rentnern unter den politisch Verfolgten und vielen weiteren Bedürftigen eine dringend erforderliche Unterstützung sichert.

Von einer wirklichen Würdigung der Widerstandsleistung kann jedoch bei den gesetzlichen Einschränkungen noch keine Rede sein. Auch die Signalwirkung auf die junge Generation, dass Hingucken, Eingreifen und Widerstand leisten notwendig sind, wird nicht im erforderlichen Umfang eintreten.

Solange die Täter bevorteilt werden wird signalisiert: "Mitmachen und bedingungsloses Anpassen lohnt sich allemal mehr".

SBZ/DDR-Verfolgte, die mehr als 6 Monate inhaftiert waren, erhalten bei Bedürftigkeit oder - in aller Regel - als Rentner (Renten werden nicht als Einkommen einbezogen) eine Opfer-Pension in Höhe von monatlich 250,- Euro.

Die Bedürftigkeitseckwerte liegen bei der Einzelperson bei 1035,- Euro und bei in Partnerschaft lebenden (nur das Einkommen des Verfolgten zählt) bei 1380,- Euro. Werden die genannten Grenzwerte um weniger als 250,- Euro überschritten, wird die verbleibende Differenz zu 250,- Euro gezahlt.

Die Landesregierungen müssen jetzt das genaue Verwaltungsverfahren festlegen. **Beraten werden die Betroffenen u.a. bei den Opferverbänden in der Gedenkstätte am Moritzplatz in Magdeburg, Umfangersstraße 76, 0391-252 2551.**

Jahrhundertchance am Damaschkeplatz ergreifen

Die Diskussion für eine Verkehrslösung am Damaschkeplatz, inkl. des Baus eines Tunnels, wurde in der breiten Öffentlichkeit intensiv geführt. Leider arbeiteten die Tunnelgegner dabei auch mit so manchem Trick. So wurden Gerichtsurteile zitiert, ohne darauf einzugehen dass übergeordnete Instanzen zu anderen, die Auffassung der Stadt unterstützenden, Entscheidungen gekommen sind.

Bis zur letzten Minute wurde in einer mehrstündigen Debatte sehr gründlich und teilweise sehr emotional über dieses Thema gestrit-

ten. Während andere Fraktionen ein Bild der inneren Zerrissenheit in dieser Frage öffentlich zeigten, besonders davon betroffen die SPD-Stadtratsfraktion, trat die CDU-Ratsfraktion geschlossen auf. Von Beginn an haben wir als verantwortliche CDU-Kommunalpolitiker uns für die nun beschlossene Lösung der Probleme an diesem neuralgischen Verkehrsknoten ausgesprochen.

Zum Nutzen der Stadt wurde durch eine Mehrheit im Stadtrat die Jahrhundertchance, die sich durch den Umbau des Eisenbahnknoten-

punktes Magdeburg ergibt, genutzt. Es wäre wohl kaum erklärbar gewesen, durch eine andere Entscheidung die mittel- und langfristige verkehrspolitische Entwicklung unserer Stadt zu gefährden. Mit unserem Positivvotum sehen wir uns als CDU im Magdeburger Stadtrat für das Tunnelprojekt Seite an Seite mit der Industrie- und Handelskammer, der Bauwirtschaft, der IG Innenstadt, vielen politischen Vertretern aus Stadt und Land und nicht zuletzt vielen Bürgerinnen und Bürgern.

Der auf einer der letzten Stadtrats-

sitzungen eingebrachte und mehrheitlich abgelehnte Antrag zur Reduzierung der Fahrbahnen bei der Ernst-Reuter-Allee, auf eine in jede Fahrriktion, von Seiten der Tunnelgegner, kann wohl nur als Retourkutsche für die Beschlusslage zum Tunnel verstanden werden. Nun müssen alle Beteiligten wie die Bahn AG, die MVB, die Stadtverwaltung und nicht zuletzt das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr gemeinsam an der Umsetzung der existierenden Pläne arbeiten.

*Reinhard Stern
CDU-Ratsfraktion*

Neuer Vorstand der CDU Ostelbien gewählt

Turnusgemäß hat der CDU-Ortsverband Ostelbien im Juni seinen Vorstand neu gewählt. Der bisherige Ortsverbandsvorsitzende Christian Köhler war nicht erneut zur Wahl angetreten, da er sich auf seinen beruflichen Weg konzentrieren will. Zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde Jens Ansorge gewählt, der bisher bereits Stellvertreter im Vorstand des Ortsverbandes war. Jens Ansorge ist Apotheker und im Ehrenamt Stadtrat und Vorsitzender des Stadtrates.

Zur stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden wurde die Hochschulprofessorin Prof. Dr. Petra Weber-Kurth gewählt. Beisitzer im neuen Vorstand sind Petra von Arnim, Rolf Frommhagen, Christian Köhle und Dietrich Wölkert.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der scheidende Vorsitzende auf die wesentlichen Punkte der Ortsverbandsarbeit ein. So hob Christian Köhler vor allem die engagierten Wahlkämpfe für die vergangenen Bundestags- und Landtagswahlen heraus. Mit einer



Im Bild v. l.: Petra von Arnim, Christian Köhler, Jens Ansorge, Rolf Frommhagen, Prof. Dr. Petra Weber-Kurth und Dietrich Wölkert. Fotos: Tobias Krull

Vielzahl von Infoständen habe man als einziger Wahlbereich in Magdeburg das Ergebnis gegenüber 2002 verbessern können, legte er dar. Daneben verwies der 28jährige aber auch auf die Einführung eines monatlichen Stammtisches, auf die Aufstellung eines Schaukastens, eine Stadtbegehung mit Vertretern städtischer Ämter sowie weitere Aktivitäten und zahlreiche Pressemitteilungen. Als politischen Höhepunkt der Amtszeit bezeichnete Christian Köhler eine sehr gut

besuchte Veranstaltung mit Umweltministerin Wernicke zu Fragen des Hochwasserschutzes. Kreisvorsitzender Jürgen Scharf dankte Christian Köhler und dem gesamten Vorstand für die geleistete Arbeit. Der neue Vorstand hat sich bereits zu den nächsten Aktionen verständigt. So will sich der Ortsverband Ostelbien dafür einsetzen, dass die städtische Verwaltung endlich ein Verkehrskonzept zum Stadion vorlegt.

Wilfried Köhler

"Sudetendeutscher Abend" ein voller Erfolg!



Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) im CDU-Kreisverband Magdeburg veranstaltete am 25. Mai einen "Sudetendeutschen Abend", mit dem an die wechselvolle Geschichte und das reiche Kulturerbe der Deutschen in Böhmen und Mähren erinnert wurde. Zu der abendlichen Veranstaltung kamen rund 30 Personen, darunter auch Mitglieder des Kreisvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die sich angesichts der Ausschmückung des Raumes und des umfassenden Informationsmaterials sowie zahlreicher Ori-

ginaldokumente sudetendeutscher Heimatvertriebener positiv überrascht zeigten und von ihren eigenen Aktivitäten zur Pflege und Bewahrung des kulturellen Erbes der Sudetendeutschen berichteten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den OMV-Kreisvorsitzenden Dr. Tammo Luther ging Sachsen-Anhalts OMV-Landesvorsitzender Bernhard Scheer auf die Ziele und Aufgaben der OMV ein. Im Anschluss hielt Herbert Jellinek, selbst Sudetendeutscher, einen sehr interessanten und überaus lebendigen Vortrag zur sudeten-

deutschen Geschichte.

Anschließend entwickelte sich eine rege Diskussion, in der es u.a. um die diskriminierenden Benesch-Dekrete ging, mit denen der tschechoslowakische Staatspräsident Edvard Benesch 1945/46 die an Deutschen begangenen Gewaltverbrechen sowie die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen unter Straffreiheit stellte und die noch heute einen zentralen Bestandteil der Rechtsordnung in der Tschechischen Republik darstellen.

Mit einem kleinen Imbiss, bei dem neben Kaffee und Kuchen auch Böhmisches Bier und Schmalzbrote gereicht wurden, ließen die Anwesenden den Abend ausklingen.

Der Erfolg dieser Veranstaltung bestätigte die OMV in Magdeburg in ihrem Vorhaben, die Reihe der "Heimatabende" in der zweiten Jahreshälfte 2007 mit einem "Schlesischen Abend" fortzuführen.

Dr. Tammo Luther

Termine

August

30.08.2007, 18.00-21.00 Uhr
MIT-Wiesenfest
Technologietransferzentrum
Handwerk (GTZH)
Gustav-Ricker-Straße-62

September

04.09.2007, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

05.09.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu
Hause", Ahornweg 19a

13.09.2007, 18.30 Uhr
Fachausschuss Kultur
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

17.09.2007, 10.00 Uhr
Senioren-Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

19.09.2007, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Tanzcafé Nordlicht,
Klosterwuhne 8A

20.09.2007, 18.30 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Straße 23

26.09.2007, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteldeutsche
Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

26.09.2007, 18.30 Uhr
Ortsverband
Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

Oktober

02.10.2007, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

10.10.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu
Hause", Ahornweg 19a

weitere Termine Seite 8

weitere Termine

15.10.2007, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle

17.10.2007, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Tanzcafe Nordlicht,
Klosterwuhne 8A

24.10.2007, 18.30 Uhr
Ortsverband
Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

24.10.2007, 18.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

November

06.11.2007, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

10.11.2007, 19.00 Uhr
CDU-Ball im Maritim-Hotel
Otto-von-Guericke-Str. 89

14.11.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu
Hause", Ahornweg 19a

21.11.2007, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Tanzcafe Nordlicht,
Klosterwuhne 8A

22.11.2007, 18.00 Uhr
Kreisfachausschuss Kultur
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17 / 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern
Layout/Satz:
Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884
Druck:
Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Bürgerschaftliches Engagement besser stärken

Zur 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements erklärt das Mitglied des Sportausschusses Bernd Heynemann, MdB:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement sind und bleiben nach allgemeiner Auffassung verbesserungsbedürftig. Hier hat der Kabinettsentwurf zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements den richtigen Ansatzpunkt gewählt. Denn Bürger, die sich engagieren, benötigen einen rechtlichen Handlungsrahmen, der zugleich einfach und deswegen verständlich ist und sie nicht überfordert. 300 Euro im Kalenderjahr sollen nach dem Gesetzentwurf für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten von der Steuer-schuld abgezogen werden, wobei mehr als 20 Stunden monatlich unentgeltlich alte, kranke oder behinderte Menschen betreut werden sollen. Hierbei handelt es sich um eine Kommerzialisierung des Ehrenamtes und zusätzliche bürokratische Lasten. Daher plädieren wir für eine Streichung der Regelung. Darüber hinaus fordert

die Union Ausdehnungen und Erweiterungen der bestehenden Regelungen, um zielgenauer Förderungen vornehmen zu können. Im Einzelnen lassen diese wie folgt zusammenfassen:

1. Einbeziehung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen, Helfern in der Gefahrenabwehr und "BGB-Betreuern" in die Übungsleiterpauschale bzw. eine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 600 Euro für diesen Personenkreis. Anhebung der allgemeinen Pauschale bei Aufwandsentschädigungen von 157 auf 175 Euro.
2. Ausdehnung des Sonderausgabenabzugs auf Beiträge an Sportvereine.
3. Neben der Anhebung des steuermindernden Spendenabzugs auf einheitlich 20 Prozent des zu versteuernden Einkommens eine Verdopplung der Umsatzgrenze bei Spenden von Unternehmen.
4. Bei Stiftungen: Beibehaltung des Zusatzhöchstbetrags von 20.450 Euro sowie Anhebung des Höchstbetrags für die Ausstattung von Stiftungen auf 1 Mio. Euro.
5. Erhöhung der Beitragsgrenze

für unbürokratische Spendenbelege auf 200 Euro sowie weitgehender Bürokratieabbau.

6. Ausdehnung der zeitnahen Mittelverwendung.
 7. Erhöhung und zeitliche Flexibilisierung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe.
 8. Sicherung des Fortbestands von Familienerholungsstätten und Anpassung der gesetzlichen Vorgaben an europäisches Recht, sowie insgesamt eine Sicherstellung der Europatauglichkeit des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts.
 9. Verbesserung der Haftungsregeln.
 10. Neudefinition und keine abschließende Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke.
- Wir haben damit weitgehend die Forderungen des Bundesrats übernommen, ergänzt durch den bayerischen Vorschlag 10 + 10. Wir sind uns darüber im Klaren, dass der vom Gesetzentwurf vorgelegte finanzielle Rahmen von etwa 400 Millionen Euro pro Jahr unbedingt eingehalten werden muss.

Bernd Heynemann, MdB

Fehlernährung und Bewegungsmangel sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen

Die zunehmende Zahl fehl- und mangelernährter Kinder und Jugendlicher ist nicht länger hinnehmbar. Denn übergewichtige Kinder von heute sind vielfach die Kranken von Morgen. Das Gesundheitssystem wird vor große Belastungen gestellt, sollte sich an der gegenwärtigen Situation nichts ändern. Dabei ist ein Hauptgrund in einer unausgewogenen Bilanz zwischen Energiezufuhr und Energieverbrauch zu sehen. Mehr Bewegung tut Not, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen. Oft mangelt es an der grundsätzlichen Alltagsbewegung, dem Gang statt der Fahrt zum Einkauf oder dem Nutzen der Treppe statt des Aufzuges. Die Grundlagen werden jedoch im Kindesalter gelegt. Deshalb muss hier ange-

setzt werden, beispielsweise durch eine Ausweitung des Sports zur Verbesserung der motorischen Fähigkeiten der Kinder. Aber auch die Energiezufuhr, also die Nahrungsaufnahme muss stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Es gibt keine schädlichen Lebensmittel per se. Nur der einseitige, unausgewogene Umgang mit Lebensmitteln kann bei einer übermäßigen Zufuhr zu Schäden führen. Da die regelmäßige Zubereitung und gemeinsame Nahrungsaufnahme in der Familie durch geänderte Lebensumstände seltener stattfinden, muss die Information über Inhalt und Geschmack von Lebensmitteln in den Schulen intensiviert werden. Kinder sollten wissen, wie Lebensmittel im Rohzustand aussehen und woher sie stammen. Nur so

kann ein Bewusstsein für wertvolle Lebensmittel aus heimischer Produktion geschaffen werden. Der Verpflegung in den Kindertagesstätten kommt hier eine zunehmende Bedeutung zu. Mit der Gründung der Plattform Ernährung und Bewegung (peb) ist ein wichtiger Schritt zur gemeinsamen Behandlung der Themen Ernährung und Bewegung getan worden. Wir fordern insbesondere die Bundesländer auf, sich stärker in die Arbeit der Plattform einzubringen. Es muss gelingen, die Aktivitäten der verschiedenen Bundesministerien, der Länder und der Wirtschaft stärker zu bündeln, um den größtmöglichen Nutzen für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen zu erzielen. *Bernd Heynemann, MdB*

Straßburg kämpft für Erhalt seiner europäischen Institutionen

Welche Kompetenzen hat das Europäische Parlament? Was ist der Europarat? Wie ist das Verhältnis zwischen Parlament und Kommission? Und was ist der europäische Gipfel? Europa ein undurchsichtiges Bürgerrätsel?!

Europa und das Zusammenspiel seiner Institutionen standen im Mittelpunkt einer viertägigen Bildungsreise Ende Juni nach Straßburg auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann. Das machte gleich zu Beginn die Verwirrung perfekt. Was hat ein Mitglied des Bundestages mit Europa zu tun, fragte sich unwillkürlich jeder Teilnehmer? Und Bernd Heynemann persönlich erklärt dem staunenden Wahlbürger, dass er zusammen mit 18 weiteren Bundestagsabgeordneten die Interessen Deutschlands im Europarat mit Sitz in Straßburg vertritt.

Im Gegensatz zur EU, die auch nach der Erweiterung "nur" 27 Mitglieder zählt, ist der Europarat die ältere und zugleich umfassendere europäische Einrichtung mit derzeit 47 Mitgliedern. 1949 gegründet gehören ihm mittlerweile neben allen EU-Mitgliedern zusätzlich große Staaten wie etwa Russland, Ukraine und Türkei, aber auch viele Kleinststaaten wie Monaco, San Marino und Liechtenstein an. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft sei nur, dass die Staaten demokratisch verfasst seien und in Europa liegen würden, erklärt Heynemann, um gleich darauf die

Bedingungen für die Türkei (97 Prozent des Staatsgebietes liegen in Asien) und Russland als zweifelhafte Demokratie selbst in Frage zu stellen.

Das war natürlich reichlich Stoff, um mit dem Gastgeber ausführlich über Sinnhaftigkeit, Funktionsweise und Kosten des Europarates zu debattieren. Angeregt war die Diskussion noch zusätzlich durch die frischen Eindrücke, die die 30köpfige Besu-

chergruppe aus Magdeburg aus der Teilnahme an einer Plenardebatte des Europarates über die Abschaffung der Todesstrafe mitbrachte.

Den in ihrem Tenor kritischen Fragen und Beiträgen der Besucher stellte Heynemann die Friedensicherung in Europa als wichtigstes Ziel aller Bemühungen des Europarates heraus. "Es ist besser eine Stunde in Straßburg zu debattieren

Departments "Niederrhein" mit der Metropole Brüssel um den Sitz des Parlaments. Während sich in Brüssel die Kommission und damit die Verwaltung Europas mit ihren Tausenden Beamten befindet, müssen die knapp 800 Abgeordneten jede vierte Woche zu den Plenarsitzungen nach Straßburg reisen. Ein Wanderzirkus, den wohl alle Beteiligten lieber heute als morgen aufgäben - wenn da nicht alte Rechte

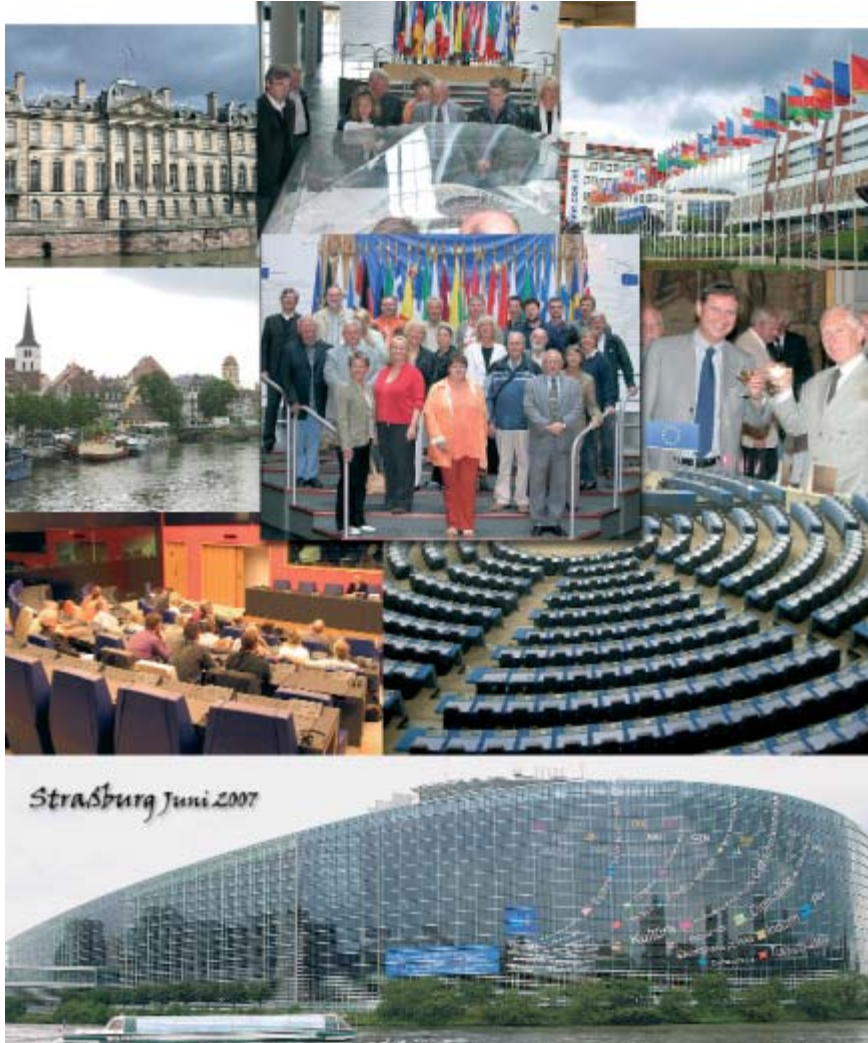
Besucher dem gebildeten älteren Ratscherrn gerne ab, dass Straßburg sich als Scharnier zwischen zwei großen europäischen Völkern versteht und sich deshalb ganz selbstverständlich als prädestinierter Sitz wichtiger europäischer Institutionen sieht. Beim Stadtbummel, für den das Besuchsprogramm ausreichend Zeit ließ, musste man jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die junge Generation die Sprache ihrer Vorfahren bestenfalls noch bruchstückhaft beherrscht.

So sehr das bauliche Erbe auch aus der deutschen Zeit im Elsaß gepflegt wird, so radikal ist der Bruch mit der Muttersprache seit dem Zweiten Weltkrieg. Und die Stadtführerin liefert dazu auch eine mögliche Erklärung: Wer als Schüler auf dem Pausenhof elsässisch sprach, wurde von den Lehrern bestraft. Eigentlich ein Fall für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der ebenfalls seinen Sitz in Straßburg hat. Doch vermutlich sind diese drakonischen Maßnahmen zur Romanisierung Elsaß-Lothringens längst verjährt und heute findet diese Benachteiligung zweifellos nicht mehr statt, weil die Schüler kein elsässisch mehr sprechen können und die deutsche Sprache bestenfalls noch als zweite Fremdsprache gelehrt wird.

So verweist Straßburg zu Recht auf seine besondere Geschichte und seine

Funktion als Brücke zwischen ehemaligen Feinden. Angesichts der Entwicklung des Elsaß droht dieser Landstrich jedoch zu einer gewöhnlichen französischen Provinz zu werden. Fränkisches Fachwerk, alemannische Namen und der leckerer "Gugelhupf" werden nicht ausreichen, den besonderen europäischen Charakter dieses schönen Landstrichs zu bewahren.

Wilfried Köhler



Auf Einladung des Europarat-Mitglieds Bernd Heynemann reiste eine 30köpfige Delegation aus Magdeburg in die Europastadt Straßburg. Fotos: Köhler, Nawrath

als einen Schuss abzufeuern", fasste dazu Heynemann seine Position zusammen. Dem wollte niemand widersprechen, auch wenn die Kosten mit mehr als 200 Millionen Euro jährlich zu Buche schlagen.

Neben dem Europarat stand aber auch ein Besuch des Europäischen Parlaments auf dem Programm. Hier konkurriert Straßburg als Hauptstadt des französischen

Frankreichs und der Stadt Straßburg davor wären!

Straßburg kämpft mit Unterstützung aus Paris für den Verbleib des Europäischen Parlaments am Oberrhein. Dieses Bemühen war deutlich herauszuhören als die Delegation aus Magdeburg im ehrwürdigen alten Rathaus der ehemaligen freien Reichsstadt Straßburg von Stadtrat Hau empfangen wurde. Natürlich nimmt der geneigte

Magdeburg rückt näher an die Ukraine

Im Juni fand in Magdeburg die Mitgliederversammlung des Deutsch-Ukrainischen Forums (DUF) in Magdeburg statt. Zum neuen Vorsitzenden des Vereinsvorstandes wurde Sachsen-Anhalts Landtagspräsident Dieter Steinecke gewählt, der damit die Nachfolge von Matthias Kleinert (DaimlerChrysler AG) antrat. Zudem wurde das DUF-Sekretariat von Stuttgart nach Magdeburg verlegt, damit die Arbeit des neuen Vorsitzenden effektiv unterstützt werden kann.

Bereits vor drei Jahren unternahm Dieter Steinecke einen ersten Anlauf, das Büro des ukrainischen Unternehmerverbandes in Magdeburg anzusiedeln. Leider konnte dieses Vorhaben auf Grund der wechselvollen politischen Ereignisse in der Ukraine bis heute nicht umgesetzt werden. Doch mittlerweile sind 12 von 140 Mitgliedern des Deutsch-Ukrainischen Forums in Magdeburg



Der neue Vorstandsvorsitzende des Deutsch-Ukrainischen Forums, Dieter Steinecke, im Gespräch mit weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

zu Hause, hinzu kommen zahlreiche Firmen, die langjährige Kontakte in die Ukraine unterhalten. Dazu zählen bspw. die SKET Handels-GmbH wie auch die Außenhandlungsgesellschaft InterCom Sachsen-Anhalt.

Das normale Leben in der Ukraine wurde von den politischen Streitigkeiten der letzten Monate nur wenig berührt. Und so konnte die ukrainische Wirtschaftskraft in den ersten

vier Monaten 2007 um rund 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen, die Industrieproduktion sogar um 12,5 Prozent! Um dieses Potenzial besser für unsere Unternehmen nutzen zu können, bereitet das DUF gemeinsam mit InterCom Sachsen-Anhalt einen "Wirtschaftstag Ukraine" vor. Die Veranstaltung soll am 8. November in Magdeburg stattfinden. Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff hat bereits die Schirmherrschaft

übernommen. Neben Hintergrundinformationen zu Chancen der deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen geht es vor allem um praktische Fragen der Zusammenarbeit, sei es im Handel oder beim Aufbau eigener Produktionsstätten. Für Steinecke ist das nur die konsequente Fortsetzung traditioneller Verbindungen: "Wir haben auf Grund der engen Verbindungen im früheren RGW/Comecon noch heute eine besondere Osteuropakompetenz. So gibt es in Magdeburg langjährige gute Beziehungen in die Ukraine, beispielsweise eine lebendige Partnerschaft der Otto-von-Guericke-Universität mit der Universität Donezk." Er verwies darauf, dass das Deutsch-Ukrainische Forum ein wichtiger und verlässlicher Partner für den Ausbau der ukrainischen Zivilgesellschaft war. "Das soll auch so bleiben", sagte der DUF-Vorsitzende nach seiner Wahl. *Foto +Text: Thomas Nawrath*

Geschichtsprojekt mit der Universität in Vorbereitung:

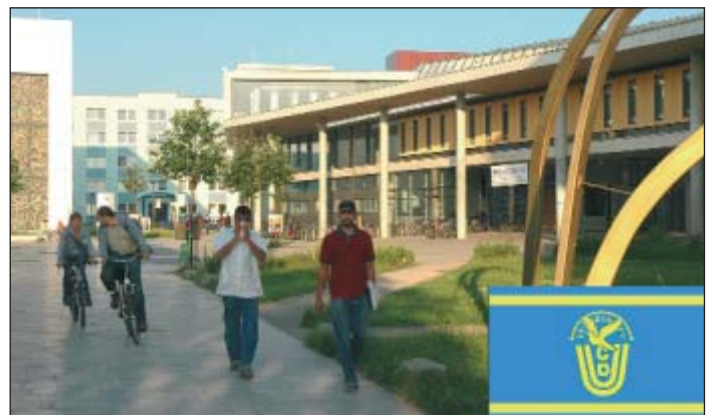
20 Jahre Herbst 1989 - Die CDU Magdeburg in der Wendezeit

In zwei Jahren jährt sich zum zwanzigsten Mal die friedliche Revolution vom Herbst 1989 in der DDR. Dann wird es in allen Medien wieder große Beiträge geben mit jenen, die wir aus dem Wendeherbst kennen. Dabei geht es sicher um die Leipziger Montagsdemos, den Runden Tisch in Berlin, Schabowskis Mauer-Rede und die erste freie Volkskammerwahl im März 1990. Doch wie war es eigentlich zur Wende in Magdeburg? Und welchen Beitrag haben seinerzeit Magdeburger Christdemokraten geleistet?

Um diesen Fragen nachzugehen, hat der Kreisvorsitzende Jürgen Scharf ein Studentenprojekt an der Otto-von-Guericke-Universität angeregt. Möglichst schon zum neuen Studienjahr im Oktober soll eine Studentengruppe von Professor Dr. Mathias Tullner am Geschichtsinstitut der Universität ihre Arbeit aufnehmen. Erste Absprachen zwischen der Kreisgeschäftsstelle und Prof. Tullner fanden dazu bereits statt. Ziel ist es, dass im Jahre 2009 eine Ausstellung oder Podiumsdiskussion zur

Rolle von Magdeburger Christdemokraten im Wendeherbst stattfinden kann. Begleitend dazu sollte eine Publikation die Forschungsergebnisse der Studenten zusammen tragen.

Professor Tullner zeigte sich sehr an dem Thema interessiert, zumal sich das Projekt auch für eine Abschlussarbeit der angehenden Historiker oder Gymnasiallehrer eignen würde. Damit das Vorhaben allerdings erfolgreich durchgeführt werden kann, ist die Universität auf die Unterstützung des CDU-Kreisverbandes und seiner Mitglieder angewiesen. Angedacht sind beispielsweise Gespräche und Interviews mit Zeitzeugen, die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre haupt- oder ehrenamtlich für die CDU aktiv waren oder die CDU in der Stadtverordnetenversammlung, am Runden Tisch, im Landtag und anderen Institutionen vertreten haben. Auch Mitarbeiter der CDU-Zeitung (Neuer Weg) könnten sicher wertvolle Hinweise geben. Um die Situation vor 20 Jahren noch einmal in Erinnerung zu rufen, hier nur kurz ein paar



Ab Oktober wird sich voraussichtlich ein Studiengruppe der Otto-von-Guericke-Universität mit der Geschichte der CDU befassen. Im Bild unten rechts ist das DDR-CDU-Logo zu sehen. Foto: Birgit Uebe

Stichworte: Gorbatschow, Gebets-treffen im Dom, Kommunalwahl 1989 ("Wahlfälschung"), Massaker in China (Juni), Massenflucht über Ungarn und BRD-Botschaften 1989, "Brief aus Weimar", Bürgerbewegungen und neue Parteien, Montagsdemos, Maueröffnung, Runder Tisch, Stasi-Auflösung, Volkskammerwahl (März 1990), Kommunalwahl (Mai 1990) etc. Bitte melden Sie sich in der Kreisgeschäftsstelle (Herr Nawrath, Tel. 2549823) für ein kurzes Vorgespräch. Vielleicht hat auch noch

mancher alte Papiere, Sitzungsprotokolle, interessante Notizen oder Zeitungen, die helfen können, das Bild der Magdeburger CDU in den Jahren 1988 bis 1991 abzurufen?! Gern können uns natürlich auch alle anderen Mitglieder und Sympathisanten der CDU über ihre Erfahrungen vor und während der Wende 1989 informieren. Schreiben Sie doch einfach einen kurzen Brief mit Ihren Erinnerungen an die Kreisgeschäftsstelle, wir leiten das Material an Prof. Tullner weiter! *Thomas Nawrath*

Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms beschlossen

Nach über einem Jahr intensiver Arbeit durch die Grundsatzprogramm-Kommission hat der CDU-Bundesvorstand auf seiner Klausursitzung am 1. und 2. Juli 2007 in Berlin den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU einstimmig beschlossen.

Dem vorausgegangen waren umfangreiche Diskussionen, u.a. elf Plenarsitzungen, vier Klausurtagungen, ein Grundsatzprogramm-Kongress in Berlin sowie zahlreiche Sitzungen der Grundsatzprogramm-Kommission unter Leitung des Generalsekretärs Ronald Pofalla und Regionalkonferenzen.

Auch der Kreisverband Magdeburg hat sich eingehend mit der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramm-Entwurfs beschäftigt. Neben Diskussionen vor Ort in den Ortsverbänden sei nur an die Veranstaltung im März mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Herrn Prof. Dr. Vogel erinnert.

Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms trägt den Titel "Frei und sicher leben in der Chancen-Gesellschaft". Ziel ist es, dass Profil der CDU deutlich zu schärfen.

Der Programmentwurf definiert die CDU als "Volkspartei der Mitte". Schwerpunkte sind dabei neben



Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte eine Rednertour zum Thema Grundwerte und christliches Menschenbild durch. Dazu kam der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag und Mitglied der Grundsatzprogrammkommission Dr. Matthias Rößler nach Magdeburg. Im Bild von links: Jürgen Scharf, MdL, Dr. Matthias Rößler, MdL und der Leiter des Bildungszentrums Schloss Wendgräben Ronny Heine. Fotos: Tobias Krull

dem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild die zentralen Grundwerte "Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit". Darüber hinaus kommt der Begriff der Leitkultur vor und wird dabei umfassend und integrationsoffen definiert. Der Entwurf sieht Deutschland als Integrationsland und bekennt sich zum Begriff der Leitkultur. Das Bekenntnis dazu soll für Deutsche und auch für Ausländer gelten. Integration von

Zuwanderern wird als Schlüsselaufgabe bezeichnet, wozu insbesondere die Beherrschung der deutschen Sprache zähle.

Eine erhebliche Modernisierung soll das Programm in der Familien- und Umweltpolitik erfahren. Die CDU steht zur Ehe und Familie als "Fundament der Gesellschaft". Hierneben soll das Ehegattensplitting zum Familiensplitting erweitert werden. Zudem sind zusätzliche steuerliche

Vorteile für Familien mit Kindern geplant. Der Kindergartenbesuch soll mittelfristig beitragsfrei werden. Weitere Ziele sind der Umwelt- und Klimaschutz. Die CDU spricht sich für eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken aus, neue Atommeiler sollen jedoch nicht mehr gebaut werden. Zudem sollen nach dem Programmentwurf die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 sinken und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf mindestens 20 Prozent steigen. Nachdem nunmehr der Programmentwurf vorliegt, sind in den nächsten Wochen weitere Regionalkonferenzen geplant, nach denen gegebenenfalls noch Änderungen vorgenommen werden. Auf dem 21. Parteitag in Hannover Anfang Dezember soll der Grundsatzprogramm-Entwurf als Antrag des Bundesvorstandes endgültig verabschiedet werden. Bis dahin sind alle Mitglieder der CDU Deutschlands, d.h. auch die des Kreisverbandes Magdeburg aufgerufen, den Programmentwurf in den Ortsverbänden zu diskutieren und eventuelle Änderungen anzuregen.

Tino Sorge
Grundsatzprogrammbeauftragter

Wirtschaftsminister für Landemöglichkeit in Magdeburg

Auf Einladung des CDU-Ortsverbandes Süd (ehemals Schilfbreite/Hopfgarten/Reform/Insel) besuchte der Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff den Magdeburger Süden. Bereits zum dritten Mal wurde dieser Frühstück-Talk für Mittelständler durch den Ortsverband durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung in Magdeburg, insbesondere im Süden der Landeshauptstadt, erklärte der Minister, dass er sich für eine Landemöglichkeit für den Geschäftsflygerverkehr in Magdeburg ausspricht. Dabei ließ er aber offen, in welcher Art und Weise dieser organisiert werden könnte. Er machte darauf aufmerksam, dass die bisher in den Verkehrslandeplatz Magdeburg investierten 13 Millionen Euro bei allen Entscheidungen mit berücksichtigt werden müssen.

Daneben betonte er die positive wirtschaftliche Entwicklung Magdeburgs. Weitere Chancen sieht der Minister, neben der Stärkung der Maschinenbaus, im weiteren Ausbau der Logistikbranche in der Landeshauptstadt. Von Seiten des Landes wird es auch weiterhin, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, Unterstützung in Form von Fördergeldern für Ausbau- und Erweiterungsinvestitionen bei Unternehmen geben, so Dr. Reiner Haseloff.

Neben dem Minister standen auch der Landtagspräsident Dieter Steinecke, MdL, der Wirtschaftsbeigeordnete Dr. Klaus Puchta, der Tiefbauamtsleiter Thorsten Gebhardt sowie die Stadträte Gunter Schindehütte und Frank Schuster für Anfragen zur Verfügung. In der regen Diskussion wurden unter anderem die Belastungen durch den gewerblichen Verkehr im Bereich



der Gustav-Ricker-Straße oder die Pflege der diversen Grünflächen im und in der Umgebung des Gewerbegebietes "Am Flughafen" angesprochen, ohne hierfür konkrete Lösungen anbieten zu können. Ein weiteres Thema war der derzeitige Bearbeitungsstand zum Vergabehandbuch, inkl. elektronischer Version. Erneut wurde die Forderung erhoben, die einheimischen

Unternehmen, soweit rechtlich möglich, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorrangig zur berücksichtigen.

Diese Diskussionsreihe soll weiter fortgesetzt werden. Ziel ist die Etablierung eines dauerhaften Dialogforums zwischen Unternehmern und den politisch Handelnden.

Sabine Wölfer
CDU-Ortsverbandsvorsitzende

Älter aber nicht leiser

Einmal im Jahr ist es soweit, gemeinsam mit Familie, Freunden und Bekannten feiert man seinen Geburtstag. Man erhält Glückwünsche und Geschenke aus einem Anlass, an dem man relativ unschuldig ist. Vielleicht gerade deswegen ist dieser Ehrentag so gut dazu geeignet, einmal eine kurze Lebensbilanz zu ziehen und sich persönliche Ziele für das neue Lebensjahr zu setzen.

In den vergangenen Wochen konnten gleich vier CDU-Mitglieder, die seit Jahren, teilweise schon Jahrzehnten, ehrenamtlich in unserer Partei aktiv sind, runde Jubiläen feiern.

So wurde die Vorsitzende des CDU-Kreisfachausschusses Kinder, Jugend, Familie und Gleichstellung **Bärbel Bühnemann** 60 Jahre jung. Neben weiteren ehrenamtlichen Positionen, zum Beispiel als Beisitzerin im Kreisvorstand unserer Partei, geht sie vor allem in ihrem Beruf als Lehrerin auf.

Das 65ste Lebensjahr vollendet haben die beiden CDU-Stadträte **Eberhard Seifert** und **Thomas**

Veil. Während der Erstgenannte sein Leben im Ruhestand schon etwas länger genießen kann und damit Zeit hat, als Stadtführer die Vorzüge der Landeshauptstadt Magdeburg zu preisen, ist der Letztgenannte pünktlich zum Geburtstag mit einer stilvollen Verabschiedung im Innenministerium in den dienstlichen Ruhestand versetzt worden. Aber wie wir ihn kennen, wird er mit der jetzt vorhandenen Freizeit sicher gut umzugehen wissen.

Seinen 70sten Geburtstag konnte auch ein Urgestein der Christlich-Demokratischen-Union feiern. Nicht nur als Vorsitzender des Ortsverbandes Buckau/ Fermersleben/ Westerhüsen ist er aktiv sondern auch als Landesgeschäftsführer der Senioren-Union und als fleißiger Helfer ist er von keinem CDU-Parteitag in Sachsen-Anhalt wegzudenken: **Ulrich Germer**.

Allen Jubilaren nochmals herzlichen Glückwunsch verbunden mit der Hoffnung, dass sie ihr aktives Engagement in unserer Partei auch zukünftig fortsetzen.

Renate Röhr

EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich

Mit einer diplomatischen Meisterleistung ist es Angela Merkel gelungen, die EU wieder handlungsfähig zu machen. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten hat es die Bundeskanzlerin geschafft, alle 27 Mitgliedsstaaten auf den gemeinsamen Verfassungsvertrag zu verpflichten. Damit ist klar: Europa ist und bleibt die Heimat aller Mitgliedstaaten. Nur zusammen kann Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung erfolg-

reich bestehen. Die Unionsfraktion hat die Bundeskanzlerin immer in ihrem Einsatz für Europa unterstützt und wird sich auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen. Die nächsten Aufgaben warten schon: Die Beschlüsse müssen nun zügig auf der Regierungskonferenz abgeschlossen werden, damit der Änderungsvertrag bis zu den Europawahlen 2009 in Kraft treten kann.

Bernd Heynemann, MdB

SPD bremst Zweckverbandsbildung

Auf Wunsch der SPD haben am 4. Juli die Ausschüsse für Inneres sowie Landesentwicklung und Verkehr keine Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf zur kommunalen Zusammenarbeit im Stadt-Umland-Bereich gefasst. Damit ist die Bildung der Zweckverbände zur gemeinschaftlichen Flächennutzungsplanung um Halle und Magdeburg unnötiger Weise aufgeschoben. Ein Beschluss des Gesetzes ist erst wieder im Herbst möglich. Dazu erklären die Sprecher für Inneres, Landesentwicklung und Verkehr der CDU-Landtagsfraktion, Jens Kolze und André Schröder: "Trotz anders lautender Aussagen tritt die SPD bei

der Lösung der Stadt-Umland-Frage kräftig auf die Bremse. Dadurch wird die Zusammenarbeit von Oberzentren und Umlandgemeinden in Zweckverbänden verzögert."

"Hintergrund des Anliegens der SPD scheint zu sein, die Bildung der Zweckverbände politisch mit der Beschlussfassung über das kommunale Leitbild zu verbinden. Schröder wies erneut darauf hin, dass es sinnvoll ist, raumordnerische Fragen um Halle und Magdeburg gemeinschaftlich zu regeln. Der Geltungsbereich der Zweckverbände sei viel größer, als mögliche Eingemeindungsflächen nach dem Grundsatzgesetz. *CDU-PM*

Herzliche Glückwünsche

April

Horst Rogat zum 87. Geburtstag
Melitta Schlehf zum 86. Geburtstag
Hildegard Rogat zum 83. Geburtstag
Horst Hollubetz zum 74. Geburtstag
Dr. Werner Fiedler zum 70. Geburtstag
Hans-Albert Didszonat zum 69. Geburtstag
Ronhald Schabanoski zum 66. Geburtstag
Ingrid Fink zum 65. Geburtstag
Thomas Veil zum 65. Geburtstag
Eberhard Seifert zum 65. Geburtstag
Manfred Kleine zum 65. Geburtstag
Prof. Dr. Wolfgang Dippe zum 65. Geburtstag

Mai

Magdalena Ruden zum 85. Geburtstag
Günther Hoff zum 79. Geburtstag
Günter Szomm zum 72. Geburtstag
Wolfgang Rausch zum 69. Geburtstag
Dr. Christoff Gastmann zum 68. Geburtstag
Reiner Sunkowski zum 65. Geburtstag
Detlef-Jürgen Karasinski zum 65. Geburtstag

Juni

Ruth Witt zum 86. Geburtstag
Joachim Vogt zum 77. Geburtstag
Erich Willi Lüderitz zum 75. Geburtstag
Fritz Stock zum 69. Geburtstag
Reiner Riegg zum 68. Geburtstag
Dr. Rolf Heydlauf zum 66. Geburtstag
Christa Müller zum 66. Geburtstag

Juli

Rosemarie Arndt zum 80. Geburtstag
Karl von Huelsen zum 71. Geburtstag
Elmar Huschenbett zum 71. Geburtstag
Hanne-Lore Matthäus zum 69. Geburtstag
Dr. Günter Blodig zum 68. Geburtstag
Wolfgang F. Braun zum 68. Geburtstag
Bernd Mußmann zum 67. Geburtstag
Dr. Heinrich Seppelt zum 67. Geburtstag
Hubert Kieslich zum 66. Geburtstag

Christa Wolter: "Die CDU hat mich 60 Jahre politisch getragen"

Seit meinem 17. Lebensjahr bin ich Mitglied der CDU. Ein ganzes Menschenalter, geprägt von gewaltigen Veränderungen und Umbrüchen in der Entwicklung Deutschlands. Aber im Ganzen bin ich sehr dankbar, dass ich diesen langen Weg so gehen konnte, wie ich ihn gegangen bin. Meine Mitgliedschaft in der CDU war mir in all den Jahren hilfreich. Wie kam es dazu?

Meine Familie lebte während und nach dem Krieg in Halle. Mein Vater, Walter Müller, war schon vor Kriegsende Mitglied in einem Freundeskreis von Nazigegnern, darunter so wichtige Persönlichkeiten wie Graf Luckner, dem es zugeschrieben wird, dass er über seine Kontakte zu den Alliierten die Bombardierung der Stadt Halle verhindern konnte. Mein Onkel saß sogar von 1942 bis 1945 in Bautzen im Gefängnis. Diese tiefgründige Gegnerschaft zum nationalsozialistischen System prägte also meine Familie und damit auch entscheidend meine politische Einstellung.

Als dann mein Vater kurz nach dem Krieg mit Gleichgesinnten die CDU in Halle gründete war es für mich fast selbstverständlich, diesen neuen politischen Aufbruch in eine demokratische Zukunft Deutschlands aktiv mitzugestalten. So wurde ich als Schülerin der 12. Klasse im Juni 1947 Mitglied der CDU.

Diese Mitgliedschaft war umso selbstverständlicher, da ich mich auch durch meine katholische Prägung den geistigen Grundlagen der neuen Partei sehr verbunden fühlte. Besondere Bedeutung kam dabei meinem Religionslehrer Hugo Aufderbeck in Halle zu, der mich anschließend auch während meines Studiums der Biologie als Studenten-



pfarfer betreute und der später Bischof in Erfurt wurde.

1952 war ich schließlich Biologielehrerin und Lehrer wurden damals dringend gebraucht, so dass ich auch als CDU-Mitglied keine Probleme hatte, gemeinsam mit meinem Mann als Lehrer in den Staatsdienst hier in Magdeburg zu kommen. Während meines ganzen aktiven Berufslebens hatte ich nie das Gefühl, als CDU-Mitglied benachteiligt zu sein. Irgendwie boten mir die Mitgliedschaft in der CDU und die familiäre Geschichte Halt und zugleich Schutz vor den Zumutungen der mächtigen SED. So musste ich zwar als Lehrerin an den verbindlichen Parteilehrjahren der SED teilnehmen, aber man akzeptierte, dass ich in der hinteren Reihe saß und mich an den ideologischen Debatten nicht betei-

ligte. Gemeinsam mit meinem Mann und unseren drei Kindern nutzten wir die Freiräume, die auch die DDR in den vierzig Jahren bot. Wir hatten nie - übrigens auch heute nicht - die SED-Zeitung "Volksstimme" abonniert, sondern stets die tolle CDU-Zeitung "Der Neue Weg" gelesen. Und unsere Kinder sind ganz nach der katholischen Tradition zur Kommunion gegangen. Diese Freiräume standen allen DDR-Bürgern offen, aber viele haben sich einschüchtern lassen. Dass viele Mitchristen so ängstlich waren und auf Konfirmation und Kommunion ihrer Kinder verzichteten, verstehe ich bis heute nicht. Die Mitgliedschaft in der CDU, in der ich allerdings bis heute keine größere Funktion ausübte, bot für

mich und viele andere Mitglieder eine Art politischer Nische. Dafür bin ich noch heute sehr dankbar.

Im Wendejahr 1989 waren wir glücklich über den beginnenden Aufbruch in der DDR und haben stets an den Montagsdemonstrationen teilgenommen. Noch heute bekomme ich Gänsehaut, wenn ich an diese immer mächtiger werdenden Demonstrationzüge vom Dom zum Breiten Weg denke. Wir fühlten uns stark, obwohl wir nie wussten, ob die Staatsmacht nicht doch massiv eingreifen würde. In dieser schwierigen Phase hat Domprediger Giselher Quast eine herausragende Rolle gespielt, für die er meines Erachtens mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt werden sollte.

Die CDU kam in dieser Wendephase erst wieder mit der Gründung der "Allianz für Deutschland" unter Regie von Bundeskanzler Helmut Kohl ins Spiel und lenkte dann die friedliche Revolution in die Wiedervereinigung Deutschlands. Eine politische Großtat für unser Land. Mit der Einheit kamen nun neue Leute und neue Ideen nach Magdeburg und seither ist sehr Vieles erreicht worden, auf das wir alle mit Stolz und Zuversicht zurück blicken können. Ich wünsche mir dennoch für die Zukunft, dass die CDU vor allem ihre geistigen Grundlagen sehr ernst nimmt und nicht den Konsum in den Mittelpunkt stellt. Ich halte es auch für dringend erforderlich, dass in die Europäische Verfassung ein Gottesbezug aufgenommen wird. Nur auf diesem geistigen Fundament des christlichen Glaubens werden Deutschland und Europa eine gute Zukunft haben. *Christa Wolter*

Jubilare im CDU-Kreisverband

Gerhard Wiederhold 62 Jahre Mitgliedschaft
Josef Danisch 62 Jahre Mitgliedschaft

Margarete Haunschild 61 Jahre Mitgliedschaft
Erika Hollenberg 61 Jahre Mitgliedschaft
Alfons Winter 61 Jahre Mitgliedschaft
Rosemarie Arndt 61 Jahre Mitgliedschaft

Christa Wolter 60 Jahre Mitgliedschaft
Luzie Kreutzer 60 Jahre Mitgliedschaft
Herta Herzig 60 Jahre Mitgliedschaft

*Frühstück, Mittag, Kaffee und Wein
nimmt man im Kaffeehaus ein.*



*Kaffeehaus Köhler
Konditorei · Coniserie*

*Öffnungszeiten: Montag bis Samstag 9 - 22 Uhr, Sonntag 10 - 22 Uhr
Lötterstraße 3 - Tel.: 0391 / 33 33 987 - <http://www.kaffeehaus-koehler.de>*

Schulqualität ist ein entscheidender Standortfaktor



Im Bild v. l.: Katrin Schröder, Katrin Lehmann, Winfried Willems, Holger Häberer und Gunter Schindehütte. Foto: Tobias Krull

Auf Einladung der Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport Stadtrat Gunter Schindehütte, des Möbelhauses MACO und des CDU-Ortsverbandes Magdeburg-Süd fand eine öffentliche Diskussionsrunde zum Thema Schulqualität statt. Unter dem Titel "Entwicklung der Schulqualität trotz schwieriger Rahmenbedingungen" stellte sich der Staatssekretär im Kultusministeri-

um Winfried Willems den Fragen der Anwesenden. Unter dem Motto "Grau ist alle Theorie" erhielten auch Lehrerinnen und Lehrer die Chance ihren Arbeitsalltag zu schildern. In einem kurzen Abriss stellte der Staatssekretär kurz die aktuellsten Entwicklungen in der Schulpolitik des Landes dar. An dieser Stelle sei auf das Interview in der letzten Ausgabe des Elbkuriers hingewiesen.

Danach stellten die Schulleiterinnen der Grundschule "Am Pechauer Platz", Katrin Lehmann, und der Grundschule Ottersleben, Katrin Schröder, ihre Schulkonzepte zur Vermittlung von Fremdsprachen dar. Daraufhin kam es zu einer Diskussion, welche Vor- und Nachteile der Kontakt mit einer fremden Sprache bereits im ersten oder zweiten Grundschuljahr hat.

Was aber nutzt es, wenn Schulen sich mit solchen Projekten beschäftigen und ihr Schulprofil derart entwickeln, man jedoch als Eltern keine Auswahl in dieser Frage hat, sondern seine Kinder auf Grund der Schuleinzugsbezirke nur zu einer ganz bestimmten Schule schicken darf? Bei dieser Frage wies Winfried Willems auf die gesetzliche Möglichkeit der Öffnung der Schuleinzugsbezirke hin, aber nicht ohne auf die Risiken, z.B. Fragen der Sanierung von Schulstandorten, einzugehen.

Kritisch wurde auch die Vorgabe von Mindestschülerzahlen für Klas-

sen und einzelne Schulen diskutiert. Hier sollten andere Lösungen gefunden werden, auch im Hinblick auf die inzwischen wieder ansteigenden Zahlen im Grundschulbereich.

Dann erhielt der Leiter der Sekundarschule "Wilhelm Weitling", Holger Häberer, Gelegenheit sein Projekt zur Berufsorientierung vorzustellen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen macht die Zahl deutlich, dass rund 25 Prozent aller Ausbildungsverträge im Handwerksbereich innerhalb von 12 Monaten nach dem Ausbildungsbeginn gekündigt werden. Dies bedeutet nicht nur einen Fehlstart in das Berufsleben für die Betroffenen, sondern auch wirtschaftliche Verluste für die Unternehmen. Von der sinkenden Ausbildungsbereitschaft der Betriebe einmal ganz abgesehen.

Zum Abschluss der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmer einig: Schulqualität ist ein entscheidender Standortfaktor. Reinhard Gurcke

Forderungen nach familienfreundlicher Hochschule

Bedingt durch den erfolgreichen Studienabschluss einiger Vorstandsmitglieder wurde vor kurzem ein neuer Vorstand durch die Mitglieder des Rings-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) an der Otto-von-Guericke-Universität gewählt.

In seinem Amt als Vorsitzender wurde der 25jährige Politik- und Soziologiestudent Daniel Gerlich

einstimmig bestätigt. In seiner Arbeit wird er durch den neugewählten stellv. Vorsitzenden Martin Teucke (Medizinstudent) und den im Amt bestätigten Schatzmeister Christian Peters unterstützt werden.

Neben der Aufgabe als Dienstleister für Kommilitonen, durch z.B. Bereitstellen entsprechender studienrelevanter Informationen, soll

der Schwerpunkt der Arbeit auf den Bereich der familienfreundlichen Hochschule gesetzt werden. Neben anderen Forderungen zog der RCDS mit diesem Schwerpunktthema in den Wahlkampf, um die Sitze im Studentenrat (Stura) der Otto-von-Guericke-Universität. Zwar konnte unser Verband erneut in den Stura einziehen, bedauerlicherweise gelang es dem RCDS

jedoch nur eines der 15 Stura-Mandate zu erringen. Die Ursachen für diese Tatsache sind sehr vielfältig und bedürfen noch einer genaueren Analyse.

Die Verringerung der RCDS-Mandate wird aber nichts an der Tatsache ändern, dass sich der RCDS mit vollen Kräften zu Gunsten der Studierenden in unserer Stadt einsetzen wird. Tobias Krull

Nicht nur reden - sondern auch handeln!

Dieses Motto ist ein ganz entscheidendes für die Arbeit der Jungen Union in Magdeburg. Wo andere nur Reden schwingen, handeln wir. So haben wir die alljährliche Frühjahrsputzaktion der Landeshauptstadt unter dem Titel "Magdeburg putzt sich!" nicht nur ausdrücklich begrüßt sondern aktiv mit angepackt. Auch in diesem Jahr nahmen wir uns das Kriegerdenkmal in Alt-Fermersleben inkl. des direkt daneben liegenden Spielplatzes an. Fleißige Mithelfer waren an diesem Tag Freya Gergs, Nadine John, Jana Lesniak, Florian Bühnemann, Matti Gündel und Thomas Schwen-

ke. Ebenfalls mitgewirkt hat auch der Vorsitzende des zuständigen CDU-Ortsverbandes Ulrich Germer.

Leider wurde das Kriegerdenkmal wieder durch unbekannte Dritte beschmiert. Hier sind vor allem die Bewohner des Viertels gefragt, entsprechende Vorfälle anzuzeigen, damit die Täter bestraft werden können.

Bedingt durch die aktuelle EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands gab es natürlich zahlreiche Veranstaltungen zu dieser Thematik, die die Mitglieder der JU Magdeburg dazu nutzten, sich entsprechend zu

informieren und mitzudiskutieren. Dabei wurde die grundsätzlich ablehnende Haltung zur Frage des EU-Beitritts der Türkei innerhalb der JU deutlich. Ebenfalls wurde ein erhebliches Wahrnehmungsdefizit für die Bedeutung und die Fragen der inneren Organisation der Europäischen Union festgestellt. Gerade für die jüngere Generation bedeutet eine funktionierende EU große Chancen für die persönliche Entwicklung. Dazu ist eine Reform derselben unabdingbar.

Aber zurück von der Ebene der EU wieder zu den lokalen Aktivitäten der hiesigen Jungen Union.

Natürlich sind bald alle Anstrengungen auf den anstehenden Kampf um den Posten des Oberbürgermeisters Magdeburgs ausgerichtet. Hier werden wir in bewährter Art und Weise unseren Beitrag leisten. Daneben sollen aber erfolgreiche Projekte konsequent weitergeführt und fortentwickelt werden. Dazu zählt die Durchführung der Blutspendeaktion "Schwarze geben Rotes", die inzwischen bundesweit Nachahmer gefunden hat, sowie die weitere Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel in Deutschland und insbesondere in unserer Stadt. Tobias Krull

Frauen-Union München zu Gast in der Landeshauptstadt

"Das mit Spannung erwartete Treffen der Frauen-Union (FU) Magdeburg mit Damen der FU München-West war ein voller Erfolg", so faste es die Kreisvorsitzende Sabine Wölfer zusammen.

Nicht nur beim Auftakt, bei dem man den Damen aus München Magdeburg von seiner schönsten Seite zeigen konnte, sondern auch in den angeregten Gesprächen über das Wirken der Unionsarbeit beider Städte gab es so manchen Aha-Effekt. Auch das umfangreiche Besuchsprogramm der Damen, das eine Gesprächsrunde mit dem Landtagsabgeordneten Marco Tullner, den Besuch der Magdeburger Zwickmühle, der Klosteranlage Helfta, der Orte Halle und Lutherstadt Eisleben und nicht zuletzt der ehemaligen innerdeutschen Grenze umfasste, vermittelte den Gästen Eindrucksvolles.

Besonders beim Begrüßungsabend im "Elbelandhaus" kam man sich menschlich näher - so als ob man sich seit Jahren kennt. Gemütlich bei Kerzenschein und Kamin-



feuer fanden sich unterschiedlich angeregte Gesprächsrunden zusammen. Sie konnten nur durch Sabine Wölfer beim Austausch der Gastgeschenke (u.a. Bildbände von Magdeburg und Oberbayern sowie ein Buch zu "50 Jahren CSU Frauen-Union") unterbrochen werden.

Auffallend war die Feststellung, dass die Gruppe der FU-München einen höheren Altersdurchschnitt hatte. Die Münchner Damen äußerten sich positiv überrascht, dass es

in Magdeburg doch noch so viele junge Menschen gibt, die sich politisch engagieren. Lange Diskussionen wurden zudem bereits am Vormittag von Herrn Tullner in seinem Vortrag aufgeworfenen Problem geführt, warum denn so viele junge Menschen trotz der vielen positiven Veränderungen in den letzten Jahren, Sachsen-Anhalt den Rücken kehrten und was man dagegen tun könne. Eine wichtige Forderung, die sich die Kreisvorsitzende der FU Magdeburg, Sabine Wölfer,

bereits bei ihrer Wiederwahl im März diesen Jahres als einen inhaltlichen Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit der eigenen FU auf die Fahne geschrieben hatte.

Weitere Themen waren u.a. Nutzen von Wind- und Kernenergie, die Kinderbetreuung und deren Kosten, die Arbeitslosenquote und die Wahlmüdigkeit vieler Bürger Sachsen-Anhalts.

Nach dem Austausch von Adressen und dem gegenseitigen Versprechen in Kontakt zu bleiben, verabschiedete man sich am späten Abend mit vielen neuen Eindrücken.

In ihren Dankesworten meinte Frau Fischer, Wortführerin der FU-München, an Sabine Wölfer: "Es gibt viel Interessantes und Wissenswertes an die Mitglieder in München zu berichten. Herzliche Grüße auch an ihre gesamte FU und auf ein baldiges Wiedersehen in München."

"Aber gerne - sehr bald", lautet die eindeutige Antwort der Gastgeberin.

Nicole Döltz,

Mitglied des Kreisvorstandes der FU

Wie funktioniert Demokratie?

Auf diese Frage versucht das Projekt "The Game - Das Demokratie-Adventuregame" Kindern und Jugendlichen eine Antwort zu geben. Dieses Projekt wird gemeinsam von der SPI GmbH, dem Träger des Stadtteilmanagements im Neustädter Feld, und der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Es ist Teil des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung.

Insgesamt nahmen an diesem Projekt fünf Gruppen teil. Alle mit dem Ziel, die Preise von insgesamt 5.000 Euro zu gewinnen und für ihre jeweiligen Projekte einsetzen zu können.

Sie müssen verschiedenste Aufgaben lösen, um das Grundwissen über demokratische Prozesse auf spielerische Art und Weise zu erwerben. Angefangen bei der Gründung eines Jugendstadteilrates über die selbständige Bearbeitung von Projekten bis hin zur Mehrheitsfindung mit den anderen Projektteilnehmern. Bei diesen nicht immer ganz einfachen Dingen werden sie von sogenannten Demokratierettern unterstützt. Hier sind Persönlichkeiten aus



Julia Temp, Beatrice Gagelmann und Stadtrat Hubert Salzborn (v.l.). Er zeigte den Mitgliedern des Teams Mimosen der KJFE Bauarbeiter die Arbeitsbedingungen der Stadträte im Rathaus und lieferte bei dem Rundgang wichtige Informationen zur kommunalpolitischen Arbeit. Fotos: Tobias Krull

Reihen der CDU wieder einmal stark vertreten, so mit dem CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Gerhard Häusler und den beiden CDU-Stadträten Hubert Salzborn und Wigbert Schwenke MdL.

Wie formulierte es Dr. Böhmer während eines CDU-Parteitages: "Demokratie lebt von mitmachen". Dieses Projekt kann ein Weg sein die jüngere Generation für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Tobias Krull

Aus Ihrem Müll
holen wir alles
raus.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

Telefon: 0391/ 587-25 34
Telefax: 0391/ 587-17 64
E-mail: info@mhkw-rothensee.de
<http://www.mhkw-rothensee.de>

mhkw
ROTHENSEE

Wir machen die Entsorgung sicher.

Angela Merkel brachte die psychologische Wende

Wie grundlegend haben sich doch die Zeiten geändert. Gestern noch galten die Deutschen als ängstlich, verzagt und ohne Zukunftsaussichten. Ja im Ausland lästerten manche Zeitgenossen genüsslich über die "deutsche Krankheit".

Und diese düstere Diagnose hatte ja mehr als einen wahren Kern. Wie in einem Teufelskreis ging es in weiten Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stetig bergab. Mit jeder neuen Steuer-schätzung wuchs das Staatsdefizit unaufhörlich, mussten neue Sparmaßnahmen durchgesetzt und liebgewordene staatliche Leistungen gekürzt werden. Das gefühlte Elend kannte keine Grenzen und die Stimmung breiter Bevölkerungskreise wurde frostig wie das Polareis im Winter.

Parallel dazu schmolz die Zustimmung zu Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft dahin, die "Partei der Nichtwähler" mutierte vielfach zur stärksten Kraft und die Zukunft Deutsch-

lands sah einfach nur düster aus. Doch Pessimismus war gestern. Heute herrscht fast grenzenloser Optimismus. Die Wirtschaft brummt, die Aktien erklimmen immer neue Höhen, flächen-deckend entstehen neue Arbeitsplätze, reale Lohnzuwächse steigern den Konsum, die Steuern sprudeln und einige Sozialkassen erwirtschaften bereits Überschüsse. Deutschlands Zukunft erscheint plötzlich in einem völlig neuen, rosafarbenen Licht.

Was ist geschehen? Was hat die dunklen Wolken über unserem Land vertrieben?

Altkanzler Ludwig Erhard wusste schon vor 60 Jahren, dass Wirtschaftspolitik zur Hälfte aus Psychologie besteht, hat tatkräftig danach gehandelt und Deutschland aus der Depression des Nachkriegselends zum Wirtschaftswunder mit Vollbeschäftigung geführt.

Diesmal reichten sieben Jahre Rot-Grün unter dem substanzlosen und wankelmütigen Bastakanzler Gerhard Schröder, an

CDU-Kreisvorstand Magdeburg · 39104 Magdeburg · Fürstenwallstraße 17



CDU

dessen Namen sich schon heute viele nicht mehr erinnern können, um das Staatsschiff Deutschland in gefährliche außen-, wirtschafts- und innenpolitische Gewässer zu führen und schließlich jämmerlich zu scheitern.

Diese mageren sieben Jahre sind Gott sei Dank vorüber und unter brillanter Führung Angela Merkels und der CDU findet sich Deutschland nach nur anderthalb Jahren Großer Koalition wieder auf Kurs in eine hoffnungsvolle Zukunft. Dieses jüngste Beispiel zeigt einmal mehr, dass es eben doch auf die politische Elite eines Landes ankommt, wenn Segen

über einem Volk und seinem Schaffen liegen sollen.

Angela Merkel hat offensichtlich das Geschick, trotz vieler Fallstricke und Gegner mit bewundernswerter Ausdauer und Diplomatie, mit weiblichem Charme und kühlem Verstand das Richtige zu tun.

Bleibt zu hoffen, dass ihr das Glück des Tüchtigen gewogen bleibt und sie Deutschland auf diesem exzellenten Kurs weiter steuern kann und die große Koalition mit kräftigem Wind im Rücken den Mut zu weiteren Struktur-reformen findet.

Wilfried Köhler

GUTES SPRICHT SICH RUM.



APOTHEKE ANSORGE
MAGDEBURG

Im Ästhetikzentrum im MARIETTA-Quartier,
im KARSTADT Magdeburg und
im SCHLACHTHOF-QUARTIER

Kostenlose Bestell- und
Liefer-Hotline: 0800 811 26 39

www.apotheke-ansorge.de